

# Alte Nazis in der Atomforschung

Von Helmut Lorscheid

Als „einen der Wege, auf dem die arische Rasse wieder ihre wirkliche Rolle in der Welt übernehmen kann, vor allem militärisch...“ bezeichnete eine faschistische Gruppe in Brasilien den Nuklearvertrag zwischen Bonn und Brasilia. Beim ersten Anlauf zu einer engen Kooperation auf atomarem Gebiet zwischen der Bundesrepublik und Brasilien im Jahre 1953 soll der ehemalige SA-Mann und spätere Arbeitsgruppenleiter (Physikalische Chemie) in der Kernforschungsanlage Jülich (KFAJ), Dr. Wilhelm Groth, wörtlich zu dem brasilianischen Admiral Alberto gesagt haben: „Geben Sie mir nur die notwendigen Mittel und wir werden die Prototypen entwickeln. Dann werden wir nach Brasilien kommen und dort die Einrichtungen schaffen.“

## Geheimvertrag flog auf

Der damals geschlossene Geheimvertrag flog jedoch vorzeitig auf. Die USA beschlagnahmte die ersten Lieferungen noch ehen rechtzeitig vor der Verschiffung in einem westdeutschen Hafen. Alberto erklärte später vor einer parlamentarischen Untersuchungskommission seines Landes: „Deutschland ist ein von den Siegermächten besetztes Land. Wenn es herauskommt, daß sie angereichertes Uran herstellen wollen, würde das eine internationale Krise herbeiführen.“ Doch kam es dazu werden weder beim neuerlichen Brasilien-Vertrag, noch bei der atomaren Zusammenarbeit mit Argentinien, Südafrika, Indien oder Pakistan

## Aus Karlsruhe abgeschoben

Es blieb auch einzelnen Personen wie dem Nuklear-Physiker Dr. Leon Grunbaum überlassen, als französischer Jude in der Gesellschaft für Kernforschung (GfK) seine eigenen Erfahrungen mit Alt-Nazis zu sammeln. Er konnte den ehemaligen Oberkriegsverwaltungsrat der deutschen Besatzungstruppen in Paris und späteren verwaltenden Direktor des Kernforschungszentrums antisemitischer, persönlicher Initiativen überführen. 1974 wurde Greifeld aus Karlsruhe abgeschoben und als BRD-Vertreter ins Direktionskomitee des Institutes Max von Laue-Langevin in Grenoble entsandt. Leon Grunbaum erhielt daraufhin keine Vertragsverlängerung bei der GfK und mußte das Karlsruher Zentrum verlassen. Aufgrund französischer Proteste mußte jedoch auch Dr. Greifeld bereits 1975 seinen Posten in Grenoble wieder aufgeben.

Damit war aber nur einer von vielen Alt-Nazis aus dem direkten Einflußbereich deutscher Atomforschung entfernt.

Aus einer Aufstellung des „Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie“ geht hervor, daß allein in der Kernforschungsanlage Jülich neben Wilhelm Groth mindestens sieben Ex-Nazis führende Positionen innehatten. Vor 1945 betätigte sich beispielsweise das Mitglied des wissenschaftlichen Rates der KfJ, Rolf Danneel, als Scharführer in der SA-Marinestandarte 90 in Königsberg, Hans Grosse – ebenfalls zeitweise Mitglied des wiss. Rates – war Teilnehmer des Kapp-Putsches, Mitglied der SA und leitender Ingenieur der Junkers Werke (Luftwaffenrüstung). Robert Haul, Mitglied des Verwaltungsrates und stellvertretender Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats der KfJ war NSDAP-Mitglied ab 1. März 1933 und stellte sein Wissen von 1949-56 den Südafrikanern zur Verfügung. Dort arbeitete er mit dem ehemaligen SA-Mitglied und Atomphysiker an der physikalisch-technischen Reichsanstalt, Verleger, zusammen. Verleger war nach dem Krieg zur südafrikanischen Atomic-Energie-Board gekommen.

## Über den DEGUSSA-Konzern

Überhaupt wurden die Bande zwischen den in der Bundesrepublik verbliebenen oder bald wieder hierher zurückgekehrten Nazi-Wissenschaftlern und ihren braunen Kumpanen in Südafrika und Brasilien sehr bald intensiviert. Als Verbindungsstelle für Südafrika diente bis mindestens 1958 der DEGUSSA-Konzern und später die Gesellschaft für Kernforschung. Dort entwickelte Professor Erwin Willy Becker das Trenndüsenverfahren zur Urananreicherung, welches später über die staatlich kontrollierte STEAG Essen nach Südafrika und Brasilien gelangen sollte. Die Waffentauglichkeit seiner Erfindung wurde von ihm noch in diesem Monat in Brasilia bestätigt. Becker war bereits 1941 mit Forschungen im Bereich der Isotopenanreicherung in München beschäftigt.

## Auch in der Euratom

Auf internationaler Ebene wurden die Geschäfte der Steinkohle- und Elektrizitätsgesellschaft (STEAG) und DEGUSSA durch den Generaldirektor für Wirtschaft in der Euratom, Hans Michaelis gedeckt. Jener war Mitglied der SA, SS und der NS-Studentenorganisation.

Eine wichtige Rolle in der Atomforschung bekleidete auch der ehemalige Chef des Kriegsverbrecherkonzerns IG Farben, Dr. Karl Winnacker, über lange Jahre hin. Nach 1945 wurde er Direktor des IG-Farben-Nachfolgekonzerns Hoechst. 1969 Mitglied des „Supervisions Council“ der Hoechst sowie entsprechender Räte bei Degussa, Demag und der Dechema. Winnacker widmete sich fortan gänzlich der Atomkraft.

Im Bundestag wurde durch Minister Leussink eine Arbeit Winnackers zum Atomsperrvertrag als Diskussionsbasis eingebracht. Am 28. November 1969 unterzeichnete die Bundesrepublik den Atomsperrvertrag – allerdings mit den von Karl Winnacker ausgearbeiteten Einschränkungen. Eine der wichtigsten Einschränkungen untersagt der Bundesrepublik lediglich die Herstellung von Atomwaffen auf dem eigenen Territorium.

## Als Kriegsgegner verurteilt

Eine ebenfalls wichtige Rolle in der deutschen Atomgeschichte nimmt der ehemalige SS-Obersturmbannführer in Leiden (Holland) und spätere wissenschaftliche Direktor der Kernforschungsanlage Jülich, Dr. Alfred Boettcher, ein. Proteste in den Niederlanden machten es notwendig, den dort verurteilten Kriegsverbrecher 1966 aus Jülich abzuziehen. Andere, wichtige Aufgaben erwarteten ihn. 1969 wurde Alfred Boettcher Koordinator des Rahmenabkommens über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit und organisierte speziell die Fachkräfte für diesen Vertrag mit Brasilien, welcher am 9. Juni 1969 von Außenminister Willy Brandt unterzeichnet worden war. 1970 organisierte Boettcher Sommerkurse für Atomwissenschaftler in Brasilien sowie wissenschaftlichen Austausch mit Südafrika.

Wie Boettcher ist auch der ehemalige – bei der IG-Farben mit der Herstellung von Giftgas befaßte – Chemiker Dr. Walter Schnurr in Brasilien tätig. Gegen die Beteiligung der letztgenannten Ex-Nazis am Brasilien-Geschäft richtete sich in den vergangenen Wochen weltweiter Protest.

